



Times Square in New York : Angeschlagen und zunehmend von Selbstzweifeln geplagt

Duell der Giganten

Chinas steiler Aufstieg hat Amerika in einen Schockzustand versetzt. Die beiden Supermächte ringen um Jobs, Märkte, Ressourcen – und um die globale Vorherrschaft. Eine Zeitenwende kündigt sich an: Das Machtmonopol der USA geht zu Ende, beginnt nun das Jahrhundert Chinas?

Der Mann, der die Globalisierung im New Yorker Hafen organisiert, heißt Peter Zantal, er hat gut zu tun. 24 Schiffe laden hier pro Woche jeweils mehrere tausend Container ab, die meisten kommen über den Panama-Kanal aus Hongkong und Shanghai. Nach 18 Stunden ist ihre Fracht gelöscht, Handys, Kühlschränke und Computer made in China finden den Weg in amerikanische Verkaufsregale. „Wir bekommen jede Woche mehr Verkehr“, sagt Zantal.

Das freut ihn einerseits, andererseits macht es ihm auch Sorgen. Denn die eine Hälfte aller Container schwimmt leer nach China zurück, und die andere ist auch kein Grund zum Stolz für die amerikanische Hightech-Nation: Sie ist gefüllt mit Alt-

papier. Die Chinesen machen daraus Verpackungsmaterial, in das sie noch mehr Handys, Kühlschränke und Computer stecken und alles wieder nach New York schicken.

Hightech gegen Altpapier – plastischer als mit diesem Beispiel lässt sich das Ungleichgewicht im Handel zwischen China und den USA kaum beschreiben: Immer mehr Waren für den US-Markt werden in den Billigfabriken des neuen asiatischen Wirtschaftswunderlandes gefertigt, immer mehr Arbeitsplätze wandern ab.

„Das ist ein Erdbeben für unsere Industrie“, sagt Zantal. „Welche Jobs bleiben eigentlich für unsere Kinder übrig?“

Die Frage bewegt inzwischen das ganze Land. Pekings steiler Aufstieg hat die Ame-



BEVÖLKERUNG in Millionen 2004	293
BRUTTOINLANDS-PRODUKT in Mrd. Dollar 2004	11 734
WACHSTUM real in Prozent 2004	4,2
ROHSTOFFVERBRAUCH in Terawattstunden 2002	28 714
Veränderung gegenüber 1990 in Prozent	+ 34,7
AUSSENHANDEL Exporte nach China Güter und Dienstleistungen in Mrd. Dollar 2004	34,7
DIREKTINVESTITIONEN Weltweiter Zufluss in Mrd. Dollar 2004	121,0
MILITÄRAUSGABEN in Mrd. Dollar 2004	453,6

rikaner in einen kollektiven Schockzustand versetzt.

Entsetzt stellen die US-Bürger nun fest, dass der eigene Abstieg die Billigkonkurrenten reich macht, reich an Dollar. Und dass sie mit diesen Devisen auch etwas anzufangen wissen. Erst im vorigen Dezember mussten die Amerikaner erleben, wie die Chinesen mit der IBM-Computerspar-



M. SASSE/LAIF (L.); AGE FOTOSTOCK/MAURITIUS IMAGES (R.)

Skyline von Shanghai: Vom Ehrgeiz getrieben



DER SPIEGEL

BEVÖLKERUNG in Millionen 2004	1300
BRUTTOINLANDS- PRODUKT in Mrd. Dollar 2004	1662
WACHSTUM real in Prozent 2004	9,5
ROHSTOFFVERBRAUCH in Terawattstunden 2002	12 656
Veränderung gegenüber 1990 in Prozent	+60,0
AUSSENHANDEL Exporte in die USA Güter und Dienstleistungen in Mrd. Dollar 2004	196,7
DIREKTINVESTITIONEN Weltweiter Zufluss in Mrd. Dollar 2004	62,0
MILITÄRAUSGABEN in Mrd. Dollar 2003	55,9

te ein Nationalheiligtum eroberten. Als sich die Volksrepublik danach an eine Ikone der US-Hausfrau heranmachte – den Hausgerätehersteller Maytag – und sich schließlich einen der größten Energiekonzerne der Staaten einverleiben wollte, erbebte das ganze Land vor der roten Gefahr.

Bei keinem anderen Thema gibt es im zerstrittenen Amerika mehr Einigkeit: Mit

nur wenigen Gegenstimmen protestierte das Repräsentantenhaus gegen den Verkauf der Petrofirma Unocal an den chinesischen Drachen. Republikaner und Demokraten fürchten den chinesischen Einfluss auf die Ölversorgung. In der vergangenen Woche zogen die Chinesen ihr Übernahmeangebot wegen des politischen Drucks zurück.

Aufatmen können die Amerikaner deswegen noch lange nicht. Denn die Vorgänge um IBM und Unocal sind nur die ersten Verbote einer Zeitenwende, die das globale Machtgefüge grundlegend verändern wird: Die Ara der amerikanischen Vorherrschaft neigt sich dem Ende zu, das Jahrhundert Asiens – mit China im Mittelpunkt – hat begonnen.

Was mit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes unter dem Reformler Deng Xiaoping in den siebziger Jahren begann, hat mittlerweile eine Dynamik entwickelt, die unaufhaltsam scheint: Seit 25 Jahren wächst die chinesische Wirtschaft Jahr für Jahr durchschnittlich um rund neun Prozent. Immer wieder warnen Skeptiker, das Tempo sei nicht durchzuhalten, ein Rückschlag unvermeidlich – bisher haben sie sich stets geirrt.

Es ist für die meisten Experten nur noch eine Frage der Zeit, bis die chinesische Volkswirtschaft an der amerikanischen vorbeizieht. Manche Ökonomen schätzen, dass es schon in 20 Jahren so weit ist, andere erwarten Chinas Aufstieg zur Wirt-

schafsmacht Nummer eins erst in 40 Jahren. Nur eine Minderheit aber hält diese Vision für unwahrscheinlich.

Fasziniert und zunehmend irritiert beobachtete die Welt – und vor allem Amerika – den ökonomischen Durchmarsch der Chinesen an die Weltspitze. Dem Staunen folgte Respekt. Nun kommt die Angst. Regelmäßig erschüttern neue Rekorde eine verunsicherte Öffentlichkeit.

China ist hauptverantwortlich für das größte Handelsdefizit in der amerikanischen Geschichte. Seine Exporte in die USA sind seit 1990 um 1200 Prozent gestiegen. Die Devisenreserven in Pekings Zentralbank, derzeit knapp 700 Milliarden Dollar, sind so gewaltig, dass bereits eine wohlplatzierte Bemerkung aus dem Politbüro die US-Währung stark unter Druck setzen könnte.

An allen Ecken droht neuerdings die Konkurrenz, nahezu täglich erfahren die Amerikaner ein bislang unbekanntes Gefühl: Sie werden übertrumpft.

Die weltgrößte Shopping-Mall steht inzwischen nicht mehr in West Edmonton in Alberta, sondern in Peking. Die meisten Ingenieure der Welt werden nicht mehr zwischen Berkeley und Harvard diplomiert, sondern im Reich der Mitte, 440 000 sind es pro Jahr, mehr als doppelt so viele wie in den USA.

Zwischen Washington und Peking ist ein Duell der Giganten entbrannt. 15 Jahre



Einkaufszentrum in Peking: Die Amerikaner erleben ein bislang unbekanntes Gefühl – sie werden übertrumpft

nach dem Ende des Kalten Krieges richtet sich die letzte verbliebene Supermacht auf neue Gesellschaft ein, mit täglich wachsendem Unbehagen. „Während wir uns auf den 11. September und Irak konzentriert haben, sind China und die USA wirtschaftlich gesehen siamesische Zwillinge geworden“, sagt Bestseller-Autor Thomas Friedman („The World is flat“). Die symbiotische Beziehung habe nur ein Problem, so der „New York Times“-Kolumnist: „Die andere Großmacht hat weder Demokratie noch Marktwirtschaft.“

Jahrelang haben die Amerikaner unbezorgt und auf Kredit Billigware aus Fernost konsumiert. Jetzt schauen sie sich erstmals genauer die Rechnung an und erschrecken über den Jobabbau daheim, über die Verlagerung ganzer Industrien, über den Abzug von Forschung und Entwicklung, den Wertverfall des Dollar – und über die schiere Überzahl des asiatischen Milliardenvolks.

Amerikanische Buchtitel wie „Chinas Masterplan zur Zerstörung Amerikas“ oder „Der Aufstieg des Roten Drachens“ feiern bereits die Lust am Untergang. Das Pentagon wartet in einem aktuellen Bericht vor dem rasch wachsenden Waffenarsenal der Volksrepublik, des Landes mit den weltweit höchsten Militärausgaben nach den USA und Russland. Während China die USA im Taiwan-Konflikt zur Zurückhaltung mahnt, flirtet Washington mit Pekings Rivalen Indien und segnet offiziell dessen nukleare Aufrüstung ab. US-Präsident George W. Bush hat Peking sogar offiziell den Status „strategischer Partner“ aberkannt und Maos Erben zum „strategischen Wettbe-

werber“ erklärt. Die beiden Partner hätten „komplizierte Beziehungen“, sagt er.

Die beiden Großmächte ringen um Jobs, Energieressourcen und den Zugang auf Milliardenmärkte. Doch es geht um weit mehr – um die Vorherrschaft in der Welt von morgen. Zwei ungleiche Wettbewerber stehen sich in diesem Kampf gegenüber: Da sind die Chinesen, berstend vor Selbstbewusstsein und getrieben von dem Ehrgeiz, es aller Welt zu zeigen, in der Wirtschaft sowieso, im Sport bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking – und möglicherweise auch militärisch.

Und da sind die USA, wirtschaftlich und militärisch mit großem Abstand die Nummer eins, aber angeschlagen und zuneh-

mend von Selbstzweifeln geplagt. Seit Jahren leben sie über ihre Verhältnisse, ihr gigantisches Handelsbilanzdefizit lassen sie sich vom Ausland, vor allem von China, finanzieren. Der Krieg im Irak ist trotz ihrer erdrückenden Militärmacht nicht zu gewinnen, er kostet Milliarden und weltweit Reputation.

Der Wettlauf der beiden Supermächte, der von heute und der von morgen, erinnert an den Aufstieg früherer neuer Großmächte – und daran, wie wenig friedlich die Welt damit zunächst fertig wurde: Das Erwachen der industriellen Nachzügler Deutschland und Japan Ende des 19. Jahrhunderts, aber vor allem auch der rasante Aufstieg der USA selbst wirbelte das politische und ökonomische Gleichgewicht der Mächte gewaltig durcheinander.

Wieder einmal steht die Welt vor einer Neuordnung. Mit dem Zerfall der Sowjetmacht schien die Vorherrschaft der USA auf lange Zeit zementiert, nun

taucht plötzlich ein neuer, ungleich gefährlicherer Herausforderer auf. Einer, der den Westen mit dessen eigenen Waffen zu schlagen droht: mit Hilfe seiner Wirtschaft. Einer, der seinen Gegner unterwandert und abhängig macht: mit den billigen Waren, die er produziert, und mit den Devisenreserven, die er anhäuft.

Viele sehen im Aufstieg Chinas den Beweis, dass der Freihandel eben nicht, wie in der volkswirtschaftlichen Theorie, für alle Beteiligten von Vorteil ist. In atemberaubender Geschwindigkeit hat sich China zur Fabrik der Welt entwickelt, die inzwi-

Wohin China exportiert

2004, nur Güter, in Milliarden Dollar



schen zwei Drittel aller DVD-Spieler oder anderer elektronischer Geräte produziert, von Textilien oder Spielwaren ganz zu schweigen. Gleichzeitig verschwinden immer mehr Industrien und Arbeitsplätze nach Fernost.

Kein Beispiel illustriert diese Entwicklung deutlicher als der Fall Wal-Mart. Die Einzelhandelskette ist der größte Konzern Amerikas. Ihre Umsätze sind siebenmal höher als die von Microsoft, sie beschäftigt 1,6 Millionen Menschen und damit mehr als Ford, General Motors, General Electrics und IBM zusammen. Kurz: Wenn ein Unternehmen wie Wal-Mart China zum Großlieferanten macht, hat die amerikanische Industrie ein Riesenproblem.

Genau das ist passiert. Während Firmengründer Sam Walton bis zu seinem Tod 1992 noch patriotisch auf heimische Produkte baute („Amerikanische Arbeiter sind besser“), setzen seine Nachfolger so konsequent auf Fernost wie kein zweites Unternehmen: 80 Prozent der Wal-Mart-Lieferanten, insgesamt 5000 Firmen, sitzen inzwischen im Reich der Mitte. Wäre der Konsumriese ein Staat, stünde er in Chinas Export-Ranking mit einem Handelsvolumen von 18 Milliarden Dollar knapp hinter Deutschland und vor Großbritannien.

Die Shenzhen Baoan Fenda Industrial Company ist einer dieser Lieferanten. 2100 Arbeiter setzen in der Firma bei Hongkong pro Monat 360 000 Stereoanlagen für Wal-Mart zusammen. Sie tragen weder Ohrstöpsel noch Schutzbrillen und verdienen etwa 50 bis 60 Cent pro Stunde. „Wenn du heute nicht hart arbeitest, musst du dich morgen bei der Jobsuche anstrengen“, erklärt ihnen ein Schild an der Wand.

Aber Wal-Mart ermuntert auch amerikanische Lieferanten zur Standortverlagerung. Zum Beispiel die Firma Lake-wood Engineering & Manufacturing: Lake-



Barbie-Puppen-Produktion in China: „Welche Jobs bleiben für unsere Kinder übrig?“

wood-Ventilatoren kosteten vor zehn Jahren 20 Dollar, das war Wal-Mart zu teuer. Inzwischen lässt das Unternehmen in Shenzhen produzieren, zu Stundenlöhnen von 25 Cent – die Arbeiter am Stammsitz in Chicago hatten 13 Dollar pro Stunde verdient. Die Ventilatoren kosten jetzt nur noch 10 Dollar.

Die Wal-Mart-Story steht für einen neuen Grundkonflikt in der US-Gesellschaft:

Über 600 Milliarden Dollar haben die Verbraucher der Investmentbank Morgan Stanley zufolge in den vergangenen zehn Jahren durch Billigimporte gespart. Gerade Amerikas Geringverdiener konnten ihren Lebensstandard darum deutlich steigern. „Ein Handelskrieg zwischen China und den USA würde amerikanischen Importeuren, Verbrauchern und Aktionären am meisten schaden“, urteilt das US-Magazin „Foreign Affairs“.

Andererseits sind allein im verarbeitenden Gewerbe seit 2000 rund 2,7 Millionen Jobs verloren gegangen. Die Wirtschaftsstrategie der USA, sagt Clyde Prestowitz, „besteht faktisch darin, die wichtigsten Industrien des Landes ins Ausland zu ver-

schiffen“. Der frühere Handelsbeauftragte Ronald Reagans warnt vor einem „wirtschaftlichen 11. September“ als „Alptraum-Szenario“. Prestowitz' jüngstes Buch über die Verlagerung von Wohlstand und Macht nach Osten („Three Billion New Capitalists“) gilt in Washingtons Politikerkreisen derzeit als Pflichtlektüre.

Das Land des Freihandels und der unbremsten Marktwirtschaft wendet sich spürbar dem Protektionismus zu – wie zuletzt in den siebziger Jahren. Wütende US-Arbeiter zertrümmerten damals mit Vorschlaghämmern Toyota-Autos und Toshiba-Fernseher. Mit Quoten und Sanktionsdrohungen wehrten sich Amerikas Politiker gegen den Ansturm billiger Einfuhren aus Japan.

Doch Toyota, Nissan oder Mazda waren nicht nur günstiger, sie waren meist auch besser als die US-Fabrikate. Schockiert erkannten General Motors, Ford und Chrysler, wie sie in der Produktivität von den Japanern überholt wurden – und zwar nicht durch ein Heer von Arbeitsklaven, sondern durch moderne Fabriken, in denen oft fast nur Roboter um die Wette schufteten.

Amerikas Industrie nahm die Herausforderung an: Anfang der neunziger Jahre schlug die Supermacht plötzlich zurück, und zwar in neuen Hightech-Bereichen, welche die Japaner hochmütig verschlafen hatten: Nun gaben Chiphersteller Intel, Software-Riese Microsoft und neue Internet-Start-ups das Tempo der Modernisierung vor.

Gleichzeitig trieben die Großbanken der Wall Street nicht nur die Japaner, sondern auch die ihnen nach-eifernden asiatischen Tigerstaaten mit einem Turbokapitalismus amerikanischer Prägung zurück. Statt konfuzianisch geprägter asiatischer Werte samt lebens-

**DAS LAND
DES FREI-
HANDELS
WENDET SICH
SPÜRBAR
DEM PROTEKTIO-
NISMUS ZU.**



US-Textilmanager Shuster

Arbeitsplatzabbau in den USA

Veränderung Januar 1995 bis Juni 2005, in Prozent

Textil- und Bekleidung	-56,7	Plastik- und Gummiindustrie	-11,8
Elektrotechnik	-25,7	Automobilindustrie	-11,3
Papier und Papierverarbeitung	-22,1	Chemieindustrie	-10,6
Computer und Elektronik	-19,2	Möbelindustrie	-8,1
Druckindustrie	-18,9	Getränke und Tabak	-3,5
Maschinenbau	-17,7		

Quelle: Bureau of Labour Statistics

Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor um **+22%**



VISIONARS / ANK

Sommerpalast des Kaisers Chien Lung*: Historisch untermauerter Anspruch auf kulturelle Überlegenheit

langer Beschäftigungsgarantie forderten sie Marktöffnung und Shareholder-Value. Als dann Anfang der neunziger Jahre die japanische Spekulationsblase platzte und die asiatischen Tigerstaaten 1997 in einer Finanzkrise versanken, bejubelten US-Medien den Sieg der „American Standards“.

* Aquarell aus dem 18. Jahrhundert.

Sie jubelten zu früh. Denn an die Stelle der sogenannten Japan AG und der Tigerstaaten rückte der chinesische Drache, und diese neue Weltmacht fordert die USA nicht nur ökonomisch heraus, sondern zugleich politisch, ideologisch und militärisch.

Der Aufstieg Chinas zur Wirtschaftsmacht begann zaghaft – inmitten der sich abzeichnenden

Niederlage der USA im Vietnam-Krieg: Um die USA aus der Konfrontation mit zwei großen Mächten zu lösen, entschloss sich Präsident Richard Nixon 1972 durch die Pingpongdiplomatie zur Öffnung gegenüber China. Wenige Jahre später leiteten die roten Herrscher die ersten Wirtschaftsreformen ein.

Auf die globale Bühne katapultierte sich China ausgerechnet in der



WU CHANGQING / IMAGINECHINA

Admiral Zheng He

China – vom Kaiserreich zur Atommacht

ca. 1600 – 1045 v. Chr.

SHANG-DYNASTIE

Schriftzeichen auf Knochen

ca. 1045 – 256 v. Chr.

ZHOU-DYNASTIE

Gebrauch von Gusseisen

221 – 207 v. Chr.

QIN-DYNASTIE

Reichseinigung

Baubeginn der Großen Mauer

Vereinheitlichung von Maßen und Gewichten

206 v. – 220 n. Chr.

HAN-DYNASTIE

Militärische Expansion

Erfindung des Papiers

70 n. Chr. Chinesische Schiffe erreichen das Rote Meer

200 n. Chr. Seidenkleider tauchen als Luxusgüter in Rom auf

618 – 907 n. Chr.

TANG-DYNASTIE

Goldenes Zeitalter, wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit

Chinesische Dschunken erreichen Afrika unter Li Shimin

783 n. Chr. Flussschiffe und Schaufelraddampfer

820 n. Chr. Vorläufer des Papiergeldes

907 – 960 n. Chr.

FÜNF DYNASTIEN

Ältestes chinesisches Manuskript einer Himmelskarte

960 – 1279 n. Chr.

SONG-DYNASTIE

1270 China hat etwa 110 Mio. Einwohner

1368 – 1644 MING-DYNASTIE

Stärkung der Landwirtschaft

1418 Admiral Zheng He erreicht das heutige Kenia

1644 – 1911 QING-DYNASTIE

1689 Erster Vertrag zwischen China und Russland über den Grenzverlauf

1720 – 1770 Wirtschaftliche Blüte

Entstehung von Manufakturen; 30000 Webstühle in Nanjing

1750 200 Mio. Einwohner in China zum Vergleich: Europa 144 Mio.

1840 „Opiumkrieg“ mit Großbritannien

1900 „Boxeraufstand“

1911 Ende des Kaiserreichs

Zeit nach dem 11. September 2001, als der Rivale USA durch den Krieg gegen den Terror abgelenkt war. In Washington predigten die Neokonservativen noch das Recht der kapitalistischen Hegemonialmacht auf einseitige Gestaltung der Weltordnung durch Präventivkriege, da hatte Peking diese Dominanz bereits unterhöhlt: Mit ihrer „sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen“ – tatsächlich handelt es sich um einen entfesselten Kapitalismus mit flexibler Lenkung durch einen autoritären Staatsapparat – lieferten die roten Bosse das pragmatische Gegenmodell zur ideologisch erstarrten Industriemacht USA.

China meldet sich zurück – und damit ein Fünftel der Weltbevölkerung mit ihrem unbändigen Ehrgeiz, aus privater und nationaler Armut aufzusteigen. Derselbe Wunsch beflügelte auch die Wirtschaftswunderländer Japan und Südkorea. Doch die 1,3 Milliarden Chinesen treibt eine noch größere Energie an: der historisch untermauerte Anspruch auf kulturelle Überlegenheit sowie die Sehnsucht, von Partei und Staat durch patriotische Erziehung gefördert, die demütigenden Niederlagen in den Opiumkriegen im 19. Jahrhundert – und damit Jahrzehnte der Unterdrückung – wettzumachen.

Voreilig und mit gewohntem idealistischem Pathos hatte das junge Amerika nach dem Zerfall der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre das „Ende der Geschichte“ ausgerufen. Aus Sicht des Reiches der Mitte mit seiner stolzen 5000-jährigen Geschichte klang das wie die Arroganz eines halbstarke Teenagers.

Denn schon im Mittelalter, lange vor den Europäern, erfanden die Chinesen technologische Neuerungen wie Kompass, Schießpulver und Buchdruck. Zu Zeiten der Song-Dynastie (960 bis 1279) schufen sie ein ein-

zigartiges System künstlicher Wasserstraßen und führten gar die erste moderne Papierwährung ein. Unter den Ming-Kaisern (1368 bis 1644) blühte China dann weiter auf – auch nach außen: 87 Jahre bevor Kolumbus in See stach und Amerika entdeckte, umrundete der Eunuch Admiral Zheng He in kaiserlicher Mission mit einer riesigen Flotte – über 300 Schiffe und rund 28 000 Mann Besatzung mobilisierte er dafür – Indien und erkundete den Nahen Osten sowie Ostafrika. Von dort brachte Zheng He Kupfer, Elfenbein und edle Naturhölzer mit zurück.

Aus Anlass des 600. Jahrestages feiern Chinas kommunistische Herrscher in diesem Jahr den großen Entdecker mit Ausstellungen, in Nanjing bauten sie ihm ein neues Museum für 50 Millionen Dollar. Der teure Propagandaaufwand richtet sich auch an das Ausland. Denn Zheng He gilt Peking als historischer Kronzeuge für die friedlichen Absichten der eigenen Expansion.

In der Tat stoppten konservative konfuzianische Hofkreise die Überseeabenteuer nach dem Tod des Kastraten. In den folgenden Jahrhunderten, vor allem in der Qing-Dynastie (1644 bis 1911), vernachlässigte China seine Flotte. Anfang des 16. Jahrhunderts wurde es im Reichtum von den Portugiesen und ihrer Handelsflotte überholt, die Spanier stiegen auf, dann die Engländer und schließlich die Amerikaner. Noch 1820 erwirtschaftete Peking ein Drittel des weltweiten Bruttosozialprodukts; bis 1950 schrumpfte dieser Wert dann auf fünf Prozent.

Die Mandschu-Kaiser waren damit beschäftigt, ihre Herrschaft im Inneren und an den Rändern ihres Riesereichs zu festigen:

Aufstände wurden von ihnen gnadenlos niedergeworfen, die Insel Taiwan dem Reich einverleibt, Tibet zum Protektorat erklärt und das muslimische Xinjiang im Westen unterworfen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts beherrschte China weite Teile Ost- und Zentralasiens, es war der größte Vielvölkerstaat.

Außerhalb des unmittelbaren Herrschaftsgebiets setzte das Reich der Mitte auf die kulturelle Überlegenheit seiner Zivilisation, fremde Herrscher machte es durch Gewähren von Handelsprivilegien gefügig: Mit regelmäßigen Tributmissionen erkannten Nachbarn von Vietnam bis Korea – und zeitweise selbst die Japaner – die Oberhoheit der Söhne des Himmels an.

Aber auch den „äußeren Barbaren“, den langnasigen Europäern, fiel im chinesischen Weltbild letztlich die Rolle von Untertanen zu. Eroberungen

wie von Xinjiang ließ Kaiser Qianlong auf Kupferstichen verewigen – angefertigt wurden sie im fernen Paris, nach Zeichnungen jesuitischer Missionare.

Wegen ihrer wissenschaftlichen Kenntnisse wurden die Jesuiten praktisch in die kaiserliche Bürokratie eingegliedert: Der Kölner Adam Schall von Bell (gestorben 1666) leitete das Astronomische Amt in Peking. Ähnlich flexibel mobilisieren die Chinesen auch heute, über drei Jahrhunderte später, westliche Konzerne und deren Technologien, wo immer sie dem eigenen Fortschritt nützen. Dieser Pragmatismus unterscheidet China vom benachbarten Kriegervolk der Japaner: Die ließen die Christen im 16. Jahrhundert hinrichten, und noch immer, trotz aller Versprechungen gegenüber den Amerikanern, bemüht sich Tokio, seinen Markt so weit wie möglich vom Ausland abzuschotten.

Die Strategen in Peking haben die jahrelangen amerikanisch-japanischen Handelsstreitigkeiten genau studiert. Ganz im



Richard Nixon trifft Mao Zedong in Peking

DPA

- 1921** Gründung der Kommunistischen Partei Chinas
- 1928** Nanjing-Regime unter dem Oberbefehlshaber der Kuomintang-Truppen, Chiang Kai-shek, übt nominell die Herrschaft im ganzen Land aus
- 1937** Beginn des Chinesisch-Japanischen Kriegs
- 1945** Ende des Zweiten Weltkriegs; in China tobt ein vierjähriger Bürgerkrieg; Chiang Kai-shek setzt sich schließlich nach Taiwan ab
- 1949** Proklamation der Volksrepublik China durch Mao Zedong

Fünfziger Jahre

- Chinesische Offensive gegen UNO-Truppen im Korea-Krieg; erstmals direkte militärische Konfrontation zwischen Truppen der USA und Chinas; Washington droht Peking mit einem Atomschlag
- Die Wirtschaft belebt sich durch Landreform und Sozialisierung, doch die nachfolgende verordnete Industrialisierung verursacht Hungersnöte, denen mindestens 30 Millionen Chinesen zum Opfer fallen
- Aufstand in Tibet und Flucht des Dalai Lama nach Indien

- 1964** China zündet im Testgebiet Xinjiangs seine erste Atombombe

- 1966** Mao startet die „Große Proletarische Kulturrevolution“ zur Rückgewinnung der uneingeschränkten Macht

- 1971** US-Tischtennis-Team besucht China (Ping-Pong-Diplomatie); Präsident Nixon verkündet Initiativen zur Förderung amerikanisch-chinesischer Handelsbeziehungen

- 1972** Besuch Nixons in China

- 1978** Das Zentralkomitee der KP verkündet die „Reform- und Öffnungspolitik“

- 1989** Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens; Präsident Bush wirft China Menschenrechtsverletzungen vor; Verhängung von Sanktionen

- 1997** Präsident Jiang Zemin besucht die USA

- 2005** Ein chinesischer General droht den USA mit dem Einsatz von Atomraketen, falls diese im Taiwan-Konflikt China angreifen sollten

DER SPIEGEL



REUTERS

Chinesische Armee: *Rasch wachsendes Waffenarsenal*

Sinne des großen Kriegstaktikers Sun Tzu wollen sie den direkten Zusammenprall mit dem mächtigen Amerika vermeiden. „Heping Jueqi“ – mit diesem Schlagwort umschreibt die Regierung ihre Pläne für den „friedlichen Aufstieg“ zu alter imperialer Größe. Was der wolkige Slogan wirklich bedeutet, bekommen Amerika und der Westen jetzt zu spüren. In nur wenigen Jahren hat sich China zur Weltfabrik aufgeplustert, seine Wirtschaft wächst ohne Unterbrechung. US-Konzerne wie Motorola, die Großbrauerei Anheuser-Busch und der Autobauer General Motors gehören zu den wichtigsten Arbeitgebern.

Doch mit der Rolle als Billigschmiede gibt sich das Land nicht länger zufrieden. Mit Hilfe westlicher Technologien möchte es selbst den Weltmarkt erobern. In den Schubladen der Parteistrategen liegen detaillierte Zielvorgaben für den Aufbau einer

nationalen Industrie – vom Autobau bis zur Biotechnologie. Ganz gleich, ob Handys, Fernseher oder Software: Selbstgesetzte Industriestandards sollen den Einfluss der Ausländer langfristig zurückdrängen.

Unter der Parole „Zou Chu Qu“ – frei übersetzt: „Schwärmt aus“ – ermunterte Peking zudem die Industrie, im Ausland Firmen aufzukaufen, um sich so auf einen Schlag Know-how und Markenrenommee einzuverleiben. Bis 2015 will das Land 50 chinesische Firmen unter die 500 größten globalen Spieler hieven, sowie 500 mittlere und 5000 kleinere multinationale Unternehmen aufziehen. Die entsprechende Strategie hatten die Parteiplaner schon auf dem 14. Parteitag 1992 eronnen.

BEI IHREM AUFSTIEG WOLLEN DIE CHINESEN DEN DIREKTEN ZUSAMMENPRALL MIT AMERIKA VERMEIDEN.

Ständig feilen die Beamten in Peking an den Einzelheiten der Expansion, vor einem Jahr gaben die Ministerien für Handel und Äußeres gar einen sogenannten Leitkatalog für chinesische Auslandsinvestitionen heraus: Penibel zählen die

Planer darin für fast 70 Länder und Regionen auf, in welchen Branchen das Reich der Mitte jeweils expandieren soll. Die Einkaufsliste reicht von der Elektronikindustrie bis zu Rohstoffen wie Kupfer, Eisenerz und Öl. Firmen, die getreu dieser Vorgaben im Ausland investieren, erhalten bevorzugt

die nötigen Genehmigungen; auch können sie mit großzügigen Finanzierungshilfen durch staatliche Banken rechnen.

Mit Zielrichtung USA ermutigten die Leitlinien patriotische Bosse unter anderem, Hersteller von Autozubehör, elektrischen Haushaltsgeräten, elektrischen Maschinen und Textilien zu kaufen. Auch bei Dienstleistungen möchte China bei Uncle Sam einen Fuß in die Tür bekommen, und zwar durch Investitionen in Logistikfirmen, im Bereich Telekommunikation, bei Verkehr und Finanzen sowie in der Entwicklung von Software.

Anders als einst die Japaner mit ihrem berüchtigten Miti, dem Ministerium für internationalen Handel und Industrie, begnügt sich Peking jedoch meist damit, der Wirtschaft die grobe Marschrichtung vorzugeben. Die Firmenbosse sollen ihre Talente möglichst frei entfalten können. Doch manchmal schießen einige über das kollektive Ziel hinaus – und verärgern mit ihrem kapitalistischen Übereifer die eigene Staatsführung.

Zum Beispiel Fu Chengyu. Er gehört zu einer neuen Generation fernöstlicher Manager: Er studierte an der University of

* Auf dem Flugzeugträger USS „Abraham Lincoln“ am 1. Mai 2003.



J. SCOTT APPELWHITE / AP

US-Präsident Bush*: *Sicherheitsgarantien für Taiwan*



Gasplattform des US-Konzerns Unocal vor Thailand: „China will die Herrschaft über die Energiemärkte erreichen“

Southern California und arbeitete 13 Jahre lang für westliche Unternehmen. Jetzt ist der KP-Funktionär Vorstandschef des chinesischen Energiekonzerns CNOOC. Sein Kaufangebot für die kalifornische Ölfirma Unocal versetzte Amerika im Juni einen Schock, es wirbelte die eingeübte Rollenverteilung zwischen Kommunisten und Marktwirtschaftlern durcheinander.

Auf der einen Seite baute sich mit CNOOC ein letztlich von der chinesischen KP kontrollierter Staatskonzern auf, dessen Chef aber streng marktwirtschaftlich argumentiert: „Ich hänge dem Glauben an, dass das höhere Angebot gewinnt“, schrieb Fu Chengyu vor kurzem in einem Beitrag für das liberale „Wall Street Journal“ – als sei das in den USA keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Auf der anderen Seite des Bietergefechts um Unocal stand alter Industrieadel: der Ölgigant Chevron, eine Ikone des US-Kapitalismus, der 1,5 Milliarden Dollar weniger bietet, aber dafür auf eine Intervention der amerikanischen Regierung setzt.

Seit Monaten hatte sich in den USA eine antichinesische Stimmung zusammengebraut. Mit Pekings Griff nach amerikanischem Öl entlud sich die Spannung.

„Das ist kein Business-Deal, sondern ein Regierungsgeschäft, das mit billigem Staatsgeld finanziert wird“, sagte Ex-Reagan-Berater J. Robinson West bei einer Anhörung im US-Kongress. Der ehemalige CIA-Chef R. James Woolsey sah sogar die nationale Sicherheit bedroht: „China will mit seiner Strategie die Herrschaft über die Energiemärkte und eine strategische Dominanz im Westpazifik erreichen“, erklärte Woolsey den Abgeordneten im Repräsentantenhaus.

Die Politiker schlossen sich dieser Haltung an – und protestierten mit 398 zu 15

Stimmen gegen den geplanten Unocal-Verkauf an die Volksrepublik. Zur Not wollten zahlreiche Volksvertreter die Übernahme sogar per Gesetz verbieten. Die Bevölkerung wussten sie dabei auf ihrer Seite: 73 Prozent der Amerikaner waren laut Umfragen gegen den Deal. Und 49 Prozent betrachten die Chinesen grundsätzlich als Gegner.

Wegen dieses Drucks gab CNOOC in der vergangenen Woche auf. Diese emotionale Aufwallung in Amerika hatte die chinesische Führung gerade vermeiden wollen. Entsprechend „stinksauer“, sagen Insider, reagierten die Kader daher intern auf das Vorpreschen Fu Chengyus.



CNOOC-Chef Fu Chengyu
Dem politischen Druck nachgegeben

Der hatte mit seiner Offerte anfangs auch den eigenen Aufsichtsrat gegen sich aufgebracht. Denn in seinem Größenwahn wollte Fu Chengyu mehr als den gesamten Börsenwert von CNOOC für ein Geschäft ausgeben, das ökonomisch für China kaum Sinn macht: Unocals Ressourcen – etwa Erdgas in Indonesien oder Thailand – sind größtenteils für den lokalen Verbrauch bestimmt und können daher Chinas eigenen Energiehunger nicht stillen.

Besorgt um Chinas langfristige Ambitionen, müht sich Peking nun, weitere Alleingänge von Unternehmen wie CNOOC zu zügeln. „Bei ihrer Übersee-Expansion sollten chinesische Firmen extra behutsam vorgehen“, drängt das Wirtschaftsmagazin „Shangwu“. Und auch der prominente Ökonom Cao Yuanzheng warnt: Weil heimische Firmen im Ausland aufkaufen, „was immer ihnen in die Augen fällt“, würden sie die übrige Welt unangenehm an die Japaner erinnern.

Doch die Marktkräfte, die Chinas pragmatischer Reformler Deng Xiaoping Ende der siebziger Jahre weckte, lassen sich von Peking nicht mehr einfach per Kommando zurückpfeifen, mag der US-Kongress noch so toben. Ungeachtet der Weltverschwörungstheorien, die US-Politiker in ihren Wahlkreisen derzeit ausmalen, wird Chinas Übersee-Expansion immer mehr von Bosen lokaler Staatsfirmen angetrieben. So liefern sich die staatlichen Autokonzerne Shanghai Automotive und Nanjing Automobile zurzeit eine erbitterte und bizarre Fehde um die Übernahme des bankrotten britischen Autobauers Rover – beide Firmen gehören ihren jeweiligen Provinzregierungen.

Neben dem CNOOC-Angebot werden die Amerikaner deshalb noch viele überraschende Lektionen in rotem Kapitalis-

mus lernen müssen. Beispiel Wanxiang: Chinas größter Autoteileproduzent kauft planmäßig Anteile angeschlagener amerikanischer Autozulieferer auf, saniert sie – und macht inzwischen in den USA über 400 Millionen Dollar Umsatz. Oder CIMC: Der in Shenzhen beheimatete Hersteller von Schiffscontainern konsolidierte zuerst die heimische Containerindustrie, dann kaufte er einen konkursreifen US-Konkurrenten und restrukturierte ihn.

Bei amerikanischen Unternehmensberatern gelten chinesische Manager deshalb längst als erstklassige Turnaround-Experten, schließlich haben sie in ihrer Heimat aus aufgeblähten Staatskonzernen oft schlagkräftige Firmen gemacht, nicht zuletzt durch konsequenten Stellenabbau. Derart geschulte Unternehmer, schwärmen Berater der Boston Consulting Group von den „Vorzügen des chinesischen Management-Stils“, hätten der amerikanischen Industrie „viel zu bieten“.

Die sieht sich inzwischen in einem permanenten Verteidigungskampf, den sie kaum gewinnen kann, schon gar nicht in Branchen wie der Textilindustrie.

George Shuster leitet die älteste Textilfabrik der USA. „Wir machen heute noch genau das Gleiche wie 1824, also müssen wir irgendwas richtig anstellen“, sagt er. Aber es klingt wie eine Beschwörung.

Sein Unternehmen, die Cranston Print Works Company bei Providence in Rhode Island, war bis Mitte der neunziger Jahre nach eigenen Angaben die größte Textildruckfirma der Welt. Seitdem musste Shuster zwei von drei Fabriken schließen, die Umsätze sanken von etwa 400 Millionen auf 125 Millionen Dollar. Statt einst 2500 Beschäftigter arbeiten heute nur noch 500 für den Ostküstenbetrieb. Etliche Jobs sind durch neue Technik und die damit gestiegene Produktivität entfallen, sagt Shuster, „aber mindestens 1000 Stellen haben wir wegen China verloren“.

In seinem Büro hängen Fotos aus einer besseren Zeit, sie sind über 30 Jahre alt, die Männer darauf sind allesamt Rockefellers, ihnen gehörte damals die Firma.

Einer von ihnen, John Rockefeller, reiste schon in den frühen siebziger Jahren mit zwei Studienfreunden zum fernöstlichen Klassenfeind, um dort Stoffe zu kaufen. Die Lieferanten des Staatskonzerns Chinatex waren zuverlässig, sie waren ehrlich, sie sorgten für gute Qualität. „Wenig später haben wir mehr Güter aus China importiert als der gesamte Rest der USA“, sagt Shuster.

Ende der achtziger Jahre verkaufte Amerikas berühmteste Kapitalistenfamilie die Firma an die Belegschaft, gerade rechtzeitig, bevor der lange Niedergang der einheimischen Textilindustrie begann und China für Cranston vom Lieferanten zum



CHINA PHOTOS / GETTY IMAGES

Minenunglück in Südchina (im Juni): Die Arbeitsbedingungen sind oft katastrophal

harten Konkurrenten wurde: Shusters Großkunden aus der US-Bekleidungsindustrie zogen einer nach dem anderen in die Volksrepublik. Für das Traditionsunternehmen blieb nur ein Nischenmarkt übrig: Es bedruckt jetzt Stoffe für amerikanische Hausfrauen, die ihre Röcke, Blusen oder Kissenbezüge selbst nähen.

Über 900 000 Menschen verloren in der amerikanischen Bekleidungs- und Textilindustrie seit 1995 ihren Job. Als am 1. Januar die Einfuhrzölle für Textilien entfielen, verschärfte sich die Situation noch einmal. „Die Auswirkungen sind viel größer, als wir erwartet hatten“, sagt Karl Spilhaus, Präsident der National Textile Association. In nur fünf Monaten stiegen Kleidungsimporte aus China um 115 Prozent, Produktgruppen wie Baumwollhosen oder Wollkleider legten sogar um über 1400 Prozent zu.

Deshalb läuft jetzt die ganze Branche, oder was von ihr übrig ist, gegen die Chinesen Sturm. George Shuster ist mit dabei. „Der Einzelhandel und die großen Konzerne haben sich Amerikas Handelspolitik unter den Nagel gerissen“, schimpft der Textilmanager; mit großzügigen Wahlkampfspenden hätten sie bei Republikanern wie Demokraten ihre Interessen durchgesetzt. In Shusters Welt ist Freihandel zu einer Chiffre verkommen – für den Ausverkauf der heimischen Industrie und für unfaire Wettbewerbsbedingungen in der globalisierten Welt.

Ähnliche Konflikte sind inzwischen quer durch die US-Wirtschaft zu finden. Traditionelle Branchen wie der Maschinenbau und die Möbelindustrie sind mit einem Stellenverlust von 290 000 beziehungsweise 110 000 seit 2001 ebenfalls stark betroffen.

Für sehr viel ernstere Bedenken sorgen aber Zahlen aus der amerikanischen Hightech-Industrie. 1998 hatten beide Staaten bei Hochtechnologieprodukten noch eine ausgeglichene Handelsbilanz. Nur sechs Jahre später haben die Vereinigten Staaten in diesem Bereich ein Defizit von 36 Milliarden Dollar angehäuft.

Amerika, die sonst so selbstbewusste Nation, ist über solche Nachrichten in tiefe Selbstzweifel gestürzt. „China-Bashing“, lästert das „Wall Street Journal“, „ist in Washington zum Lieblingssport geworden.“ Angst weht durch die Lobbyistenbüros und Gewerkschaftszentralen der Hauptstadt und durch die Parlamentssäle auf dem Capitol Hill.

John Engler war bis 2003 Gouverneur in Michigan, wo Amerikas große Automobilkonzerne, Ford, General Motors und Chrysler, jahrzehntelang für Jobs und Wachstum sorgten. In seiner Amtszeit hat er erlebt, so sagt er, „wie die großen drei die meiste Zeit damit verbringen, kleiner zu werden“. Er hat gelernt, nicht mehr auf die Standortbedingungen in Ohio oder North-Carolina zu achten, sondern auf die Konkurrenz in China.

Inzwischen ist er Präsident des amerikanischen Industrieverbands National Association of Manufacturers (NAM). Engler ist einer der einflussreichsten Wirtschaftslobbyisten im Land, aber er klingt nicht wie ein Industriekapitän, sondern wie ein Arbeiterführer. „Früher konnte man hier auch ohne Ausbildung seine Familie ernähren und ein ziemlich gutes Mittelklasse-Leben führen“, sagt er, „heute sind solche Jobs extrem schwer zu finden.“

Der Dachverband der US-Gewerkschaften AFL-CIO residiert in Washington mit Blick aufs Weiße Haus. Gewaltige Fresken in der Lobby zeugen vom Stolz der ameri-

DIE US-WIRTSCHAFT SIEHT SICH IN EINEM PERMANENTEN VERTEIDIGUNGSKAMPF, DER KAUM ZU GEWINNEN IST.



J. SCOTT APPELWHITE / AP

Staatschefs Hu Jintao, Bush: Der Mann aus Peking macht mehr Punkte

kanischen Arbeiterbewegung, vom Bau der Eisenbahn beim Zug nach Westen, von der Größe der Stahl- und Kohleindustrie, vom Triumph der Ingenieure, die den Flug zum Mond ermöglichten. Vorbei: Allein im Juni sind in der Automobilindustrie 14 600 Jobs verloren gegangen. Solche Zahlen gehören seit fünf Jahren zur monatlichen Routine.

„Das bringt uns um“, sagt Robert Baugh mit Blick auf die chinesische Konkurrenz. Für den Gewerkschaftsmanager ist die rote Gefahr „wie eine ansteckende Viruskrankheit, die dabei ist, alle Sektoren unserer Volkswirtschaft zu befallen“.

Baugh, Engler und ihre Kollegen im politischen Washington erleben zurzeit einen Polit- und Wirtschaftsthiller. Die Kursbewegungen des Dollar und die Zahlen der amerikanischen Handelsbilanz erzählen die Geschichte von der in wenigen Jahren entstandenen gegenseitigen Abhängigkeit der Vereinigten Staaten und Chinas.

Die wuchs erst unbemerkt, jetzt ist sie groß und bedeutend geworden, jetzt prägt sie die politischen Debatten, jetzt ist sie Thema bis hinein in Regionalblätter wie dem „Sacramento Bee“, der seine Leser erschrocken über die chinesische Herkunft von billigem Spielzeug und Zahnbürsten informiert und wie ein Oberlehrer fragt: „Haben Sie jemals daran gedacht, wohin Ihre Dollar dafür fließen?“

Das US-Handelsdefizit mit China hat sich seit 2001 und dem Beitritt der Volksrepublik zur Welthandelsorganisation WTO auf 162 Milliarden Dollar fast verdoppelt. In diesem Jahr wird es voraussichtlich auf über 200 Milliarden Dollar anschwellen – niemals zuvor in der Menschheitsgeschichte gab es ein größeres Handelsdefizit zwischen zwei Staaten.

Weil die Amerikaner fast nichts sparen und stattdessen viel mehr verbrauchen als produzieren, benötigen sie ständig frischen Kredit; den bekommen sie neuerdings vor

allem in Peking. Die Parteistrategen der Volksrepublik kaufen mit dem Geld aus ihren Exporteinnahmen – inzwischen über 670 Milliarden Dollar – vor allem US-Staatsanleihen. Die bringen zwar wenig Profit, aber sie sorgen dafür, dass ihr wichtigster Kunde, der amerikanische Verbraucher, bei Laune bleibt und weiter ihre Produkte kauft.

Und da sie außerdem ihren Yuan durch die feste Bindung an den Dollar zehn Jahre lang künstlich niedrig hielten, wurden chinesische Exporte noch billiger und amerikanische Importe noch teurer. Und daran hat sich, trotz der geringfügigen Aufwertung des Yuan, im Prinzip nichts geändert.

Mit ihren massiven Dollar-Reserven halten die Chinesen die amerikanische Währung stabil, US-Notenbankchef Alan Greenspan konnte deshalb die Zinsen nach dem 11. September auf ein Rekordtief senken und so die Staaten vor einer Rezession bewahren. Umgekehrt sorgt der Kaufrausch der Amerikaner für stetiges Wachstum und Beschäftigung in der Volksrepublik. Das hält die kommunistische Regierung an der Macht. Autor Thomas Friedman nennt das den „Tiananmen-Texas-Pakt“.

Bei weiter steigenden US-Defiziten, wachsender Arbeitslosigkeit und anhaltendem Outsourcing der Industrie wird diese stille Übereinkunft für George W. Bush jedoch unhaltbar. Die USA sind in einen Teufelskreis geraten. „Wenn man keine Güter mehr herstellt, kann man auch nicht mit ihnen handeln“, warnt Gewerkschaftsmann Baugh, „und wenn man nichts zum Handeln hat, bekommt man das Defizit nicht in den Griff.“

Im Kongress hat sich deshalb über Monate eine antichinesische Stimmung auf-

gebaut. In einer der seltenen gemeinsamen Gesetzesinitiativen bereiteten Republikaner und Demokraten bereits die Einführung drastischer Strafzölle auf chinesische Einfuhren vor: Die geplanten Tarife in Höhe von 27,5 Prozent sollen der geschätzten Unterbewertung des Yuan entsprechen.

Der aufziehende Handelskrieg wurde zwar fürs Erste abgewendet. Finanzminister John Snow und Alan Greenspan, der Chef der Federal Reserve, konnten die Senatoren überzeugen, ihr Gesetzesvorhaben auf Oktober zu verschieben. Ende Juli zeigte Pekings Zentralbank zudem erstmals ihren guten Willen: Der Yuan wurde um 2,1 Prozent aufgewertet und soll künftig in einer niedrigen Marge von 0,3 Prozent um einen Korb von Leitwährungen schwanken.

Doch damit ermutigt Peking seine Kritiker in den USA nur, weitere Aufwertungen zu fordern. Die meisten US-Experten halten eine Yuan-Aufwertung bis zu 40 Prozent für erforderlich, um das Handelsdefizit in den Griff zu bekommen.

Mit der Aufwertung habe China zwar einen echten Schritt in Richtung Reform getan, lobt Kenneth Curtis, Vizepräsident von Goldman Sachs in Asien, aber es werde schwierig sein, Chinas langfristige Strategie mit dem kurzfristigen politischen Druck aus den USA zu versöhnen. Vor allem der Herbst drohe für die amerikanisch-chinesischen Beziehungen „kritisch“ zu werden. Wenn China nicht weitere Schritte zur Liberalisierung unternehme, werde

JAHREZEHNTLANG VERTRAUTEN DIE AMERIKANER DARAUF, DASS IHNEN OFFENE MÄRKTE NUR VORTEILE BRINGEN.

das US-Finanzministerium Peking in seinem anstehenden Routinebericht offiziell als „Währungsmanipulator“ einstufen müssen, fürchtet der US-Banker, der auch im Aufsichtsrat von CNOOC sitzt.

Der anfängliche Optimismus in den USA weicht neuerdings dem Verdacht, dass China seine Währung letztlich gar auf nied-

rigem Niveau gegenüber dem Dollar neu fixiere. „New York Times“-Kolumnist Paul Krugman, einer der profiliertesten Ökonomen der USA, argwöhnt gar, dass der kleine Schritt der Chinesen „nur ein Theaterstück war, um ein paar Monate Ruhe vom protektionistischen Druck im Kongress zu bekommen“.

Jahrzehntlang vertrauten die Amerikaner darauf, dass ihnen Freihandel und offene Märkte nur Vorteile bringen. Dieser Konsens ist nun dahin.

Der reinen Lehre zufolge müssten die Amerikaner, während sie bestimmte Industrien ins Ausland verlagern, nur auf der technologischen Leiter weiter nach oben klettern, um neue, besser bezahlte Arbeitsplätze und mehr Wohlstand zu generieren. Diese Rechnung geht anscheinend nicht mehr auf. Ökonom Lester Thurow vom Massachusetts Institute of Technology



Finanzviertel in Shanghai: *War die jüngste Aufwertung nur ein Theaterstück, um ein paar Monate Ruhe zu bekommen?*

hat bereits errechnet, dass Arbeiter, die ihre Stelle nach China verlieren, bei neuen Jobs im Durchschnitt 25 Prozent weniger verdienen.

Eine Abwärtsspirale ist in Gang gekommen, die viele Experten frösteln lässt. Denn der US-Wohlstand ist auf Pump finanziert – und entsprechend anfällig.

Selbst ein so besonnener Beobachter wie Paul Volcker, Vorgänger von Notenbankchef Alan Greenspan, rechnet mit einer 75-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Dollar-Crash in den nächsten fünf Jahren. Und Währungsspekulant George Soros, der mit seinen Fonds Anfang der neunziger Jahre das britische Pfund zum Absturz brachte, hält sogar eine weltweite Depression im Stil der dreißiger Jahre für möglich, sollte der Dollar nicht gestärkt werden.

Hat Amerika die Herausforderung aus Fernost also schon verloren? Gibt es im Land der unbegrenzten Möglichkeiten künftig keine Optionen mehr, ist der Abstieg auf Dauer unvermeidbar?

Mit einer Mischung aus heimlichem Stolz, aber auch wachsendem Unverständnis verfolgen die Chinesen, wie ihr Aufstieg das Selbstvertrauen der Großmacht Amerika erschüttert. „Der US-Kongress debattiert Tag für Tag über China“, staunt die Zeitung „Huanqiu Shibao“. An bestimmten Tagen, berichtet das Blatt, würden in Washington gleich vier Parlamentsausschüsse über China beraten.

Chinesische Experten verfolgen die proktionistische Stimmung mit Sorge. Pan Rui, Professor im Zentrum für Amerika-Studien der Fudan-Universität in Shanghai, ist den USA wohl gesinnt, das elegante, rot geklinkerte Gebäude, in dem er lehrt, wurde mit Geldern aus den USA errichtet. Doch die Hysterie in den USA über chine-

sische Billigexporte und den Energiehunger seines Landes hält er für ungerecht. „Internationale Investoren haben uns doch erst zur Weltfabrik gemacht“, sagt er, „wir stellen meist nur die Exportwaren her, von denen die anderen profitieren.“

In der Tat tragen ausländische Firmen mit den Produkten, deren Herstellung sie ins Billigland China verlagern, den größten Anteil zum chinesischen Exportwachstum bei. Daher findet es Pan Rui auch nur gerecht, dass die Weltfabrik sich einen entsprechend höheren Anteil an den globalen Energie-Ressourcen sichert.

China bleibt gar nichts anderes übrig, als nach einem alternativen Wachstumsmodell zum US-System Ausschau zu halten. Das Land verbrauche pro Kopf und pro Jahr 1,5 Barrel Öl – die USA aber kon-

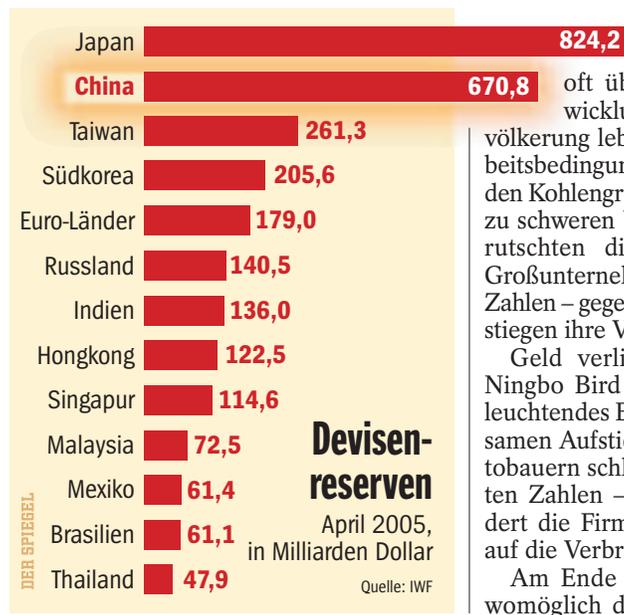
sumierten etwa das 17fache, sagt Pan Rui. „Wir können uns keinen amerikanischen Traum leisten.“ Die Volksrepublik brauche ein Wachstumsmodell, das weniger Energie verschwende als die USA und zugleich die gigantischen sozialen Probleme des Landes in den Griff bekomme.

Und während amerikanische Politiker den unaufhaltsamen Aufstieg des roten Drachens beschwören, kursieren in Peking längst andere, für China sehr viel pessimistischere Szenarien: Durch den exzessiven Ausbau von Produktionskapazitäten ist das Land bei schwacher Inlandsnachfrage künftig noch stärker auf Exporte angewiesen. Das bedeutet noch mehr Handelsüberschüsse, noch mehr Fremdwährungsreserven, noch mehr Spannungen mit dem Großkunden USA.

Denn jenseits seiner glitzernden Wirtschaftsmetropolen wie Shanghai ist der oft überschätzte Gigant ein Entwicklungsland. Weite Teile der Bevölkerung leben in großer Armut, die Arbeitsbedingungen sind oft katastrophal, in den Kohlengruben kommt es immer wieder zu schweren Unfällen. Im ersten Halbjahr rutschten die defizitären chinesischen Großunternehmen noch tiefer in die roten Zahlen – gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen ihre Verluste um rund 60 Prozent.

Geld verliert auch Handy-Hersteller Ningbo Bird – unlängst galt er noch als leuchtendes Beispiel für Chinas unaufhaltsamen Aufstieg. Auch von Chinas 120 Autobauern schlittern immer mehr in die roten Zahlen – der harte Wettbewerb hindert die Firmen, steigende Energiepreise auf die Verbraucher abzuwälzen.

Am Ende müssen die Parteistrategen womöglich die Produktion drosseln, die





IMAGINECHINA/LAIF

Unternehmensgewinne würden fallen, die Investitionen sinken, Kredite platzen, die Arbeitslosigkeit würde steigen, die Stabilität des Regimes ins Wanken geraten.

Handelskrieg, Depression, Regimesturz – während die Szenarien für die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Großmächte bereits düster genug sind, tauchen am Horizont der amerikanischen Westküste bereits weitere Konfliktpotentiale auf: im militärischen und außenpolitischen Bereich. Die mögliche Kampfarena für den Showdown der Giganten bildet der Pazifik. Mit Sorge verfolgt die pazifische Hegemonialmacht USA, wie China sich dort historischen Einfluss zurückholt.

Die amerikanische Expansion im Pazifik begann Mitte des 19. Jahrhunderts – und zu der Zeit, als das chinesische Tributreich in Ostasien zusammenbrach. Unter der Parole „Manifest destiny“ (frei übersetzt: „nationale Bestimmung“) zogen die Trecks der Siedler gen Wilden Westen. Nach der Eroberung Kaliforniens (1848) im Krieg gegen Mexiko lag nur noch ein territoriales Ziel vor dem großen Amerika: der Pazifik. Die USA öffneten Japan, kolonisierten die Philippinen, annektierten Hawaii.

In China kamen die Amerikaner zwar zu spät, doch dafür wetteiferten sie dort mit ihrer Politik der „Offenen Tür“ und mit einem Heer christlicher Missionare umso eifriger darum, dass sie bei der Aufteilung Chinas durch die europäischen Imperialmächte und Japan nicht zu kurz kamen. Nicht zufällig richtete sich Chinas erste moderne Boykottbewegung 1905 gegen die USA. In Shanghai und Kanton wüteten nationalistische Studenten gegen den Zustrom amerikanischer Waren.

Nach dem Sieg über das japanische Kaiserreich 1945 und dem Ende des Britischen Empire bauten die USA große Teile Ost-

asiens dann im Kalten Krieg zum Prellbock gegen den Kommunismus aus. Im Korea-Krieg stießen die Amerikaner Ende 1950 erstmals mit dem Reich der Mitte zusammen – und erlitten ihre erste schwere Demütigung. Als US-General Douglas MacArthur seine Truppen an den Grenzfluss Yalu beorderte, schlug der Große Vorsitzende Mao Zedong zurück: Nachts ließ er 180 000 Kämpfer der Volksbefreiungsarmee unbemerkt über den Fluss marschieren. Panisch flohen die überraschten Amerikaner nach Süden bis zum 38. Breitengrad.

Der erzwungene Rückzug vor den unheimlichen, primitiv ausgerüsteten, aber jahrelang trainierten Chinesen – erst ein Jahr zuvor hatte Mao in Peking die Volksrepublik ausgerufen – schockierte die Supermacht. In Washington drohte Präsident Truman China gar mit einem Atomkrieg, MacArthur erstellte eine Liste möglicher Ziele in China und Nordkorea; dafür sah er den Abwurf von 26 Atombomben vor. Dazu kam es nicht. Am 38. Breitengrad einigten sich die beiden Rivalen auf einen Waffenstillstand.

Doch nun erobert Peking seine uralte Einflussphäre in Asien zurück. Dabei nutzt es mit diplomatischem Geschick die Verheißungen seines riesigen Marktes für die asiatischen Tigerstaaten: Bis zum Jahr 2010 will es mit den Asean-Ländern eine Freihandelszone von rund zwei Milliarden Menschen gründen – den größten Wirtschaftsblock der Welt. Im Zuge seiner weichen Diplomatie bindet Peking die Nachbarn überdies durch Einzelabkommen an

sich. So besiegelte Präsident Hu Jintao Ende April eine strategische Zusammenarbeit mit Indonesien – sie zielt auch auf die gemeinsame Ausbeutung von Öl und Gas in dem Land.

Auch die US-Verbündeten Japan und Südkorea geraten in immer größere ökonomische Abhängigkeit von ihrem großen Nachbarn. Inzwischen überholte China die USA als größter Lieferant beider Länder. Und selbst Taiwan, von den Kommunisten in Peking als abtrünnige Provinz geächtet, wächst wirtschaftlich immer enger mit dem Festland zusammen. Weit über eine halbe Million taiwanische Geschäftsleute arbeiten in China. Dort betreiben sie riesige Fabriken für Notebook-Computer, Flachbildschirme oder Handys.

Doch politisch und militärisch bäugeln sich die beiden Nachbarn feindselig. Die Drohung Pekings, die Insel im Falle der Ausrufung der Unabhängigkeit notfalls mit Gewalt ans Mutterland zu binden, bildet zugleich den größten potentiellen Konflikttherd mit den USA: Für diesen Fall ist Washington per Gesetz verpflichtet, Taiwan als Angelegenheit „von ernster Sorge“ zu betrachten. Generalmajor Zhu Chenghu, Professor an der Verteidigungsuniversität in Peking, drohte den Amerikanern erst kürzlich mit dem Einsatz von Kernwaffen, falls die USA in einem Konflikt um Taiwan eingreifen würden.

Wie explosiv die Lage in Ostasien ist, zeigte sich im November vergangenen Jahres, als ein atomgetriebenes U-Boot der Chinesen in japanische Hoheitsgewässer nahe Taiwan eindrang. Auch wegen dieses

AUCH DIE US-VERBÜNDETEN JAPAN UND KOREA GERATEN IMMER MEHR IN ABHÄNGIGKEIT VON IHREM NACHBARN.



MATTHEW CAVANAUGH / BETTY IMAGES

US-Währungshüter Greenspan: Experten warnen vor einem Dollar-Crash



CHINA PRESS / ACTION PRESS

Chinesische Raumfähre: Jedes Jahr 440 000 neue Ingenieure

Vorfals bekundeten die USA erstmals gemeinsam mit ihrem treuen Verbündeten Japan im Februar ihr strategisches Interesse an der Sicherheit Taiwans: Denn über die Schifffahrtlinien bei Taiwan bezieht das rohstoffarme Japan 90 Prozent seiner Öleinfuhren.

Auf ihrer Suche nach Rohstoffen bandeln die Chinesen selbst mit Regimen wie in Iran oder im Sudan an, welche westlichen Ölmultis aus politischen Gründen eher suspekt waren. In Iran schloss Chinas Ölkonzern Sinopec das bislang größte Energiegeschäft des Mullah-Staates im Umfang von 70 Milliarden Dollar ab. Für 30 Jahre sicherte China sich 250 Millionen Tonnen Flüssigerdgas, überdies wird sich Sinopec kräftig an der Rohölförderung in Iran beteiligen.

Umstritten ist auch Chinas enge Kooperation mit dem Sudan – wegen der Gräueltaten gegen Minderheiten in Darfur wer-

den die sudanesischen Machthaber vom Westen peinlich gemieden. Doch das stört die Chinesen nicht, ihr Ölkonzern CNPC beteiligt sich führend an der Ölförderung nahe der Hauptstadt Khartum. Über eine Tochter baute das Unternehmen eine 1600 Kilometer lange Pipeline zum Roten Meer sowie eine Raffinerie mit einer Kapazität von 2,5 Millionen Tonnen. Mittlerweile deckt das afrikanische Land schätzungsweise acht Prozent der gesamten chinesischen Ölimporte. Auch politisch zahlt sich der Deal mit Peking für Khartum aus. Dank des chinesischen Vetorechts im Uno-Sicherheitsrat braucht der Sudan kaum internationale Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen zu fürchten.

Der sino-amerikanische Wettlauf um Rohstoffe und globalen Einfluss bringt ge-

DIE US-KONZERNE WETTEIFERN DARUM, ES SICH MIT DER NEUEN GROSSMACHT NICHT ZU VERDERBEN.

wohnte Feind- und Freundbilder in Asien kräftig durcheinander. So liefern sich beide Rivalen einen bizarren Wettbewerb um die Gunst Indiens, der aufsteigenden dritten Supermacht. Im Frühjahr besuchten US-Außenministerin Condoleezza Rice und Chinas Premier Wen Jiabao im Abstand von gut drei Wochen den Subkontinent. Um sich den Rücken freizuhalten, bemüht sich Peking um Bereinigung alter Grenzstreitigkeiten mit Neu-Delhi. Mit Russland schloss es im Juni ein Abkommen, das die seit 40 Jahren ungelösten Konflikte an der 4300 Kilometer langen gemeinsamen Grenze beenden soll.

China profiliert sich in Asien immer mehr als Führungsmacht. Auch als Inszenierung neugewonnener Größe tagte kurz vor dem jüngsten G-8-Gipfel ein eigener, von China federführend ins Leben gerufener Staatenverband: die Shanghai Organisation für Kooperation (SCO). Mit Hilfe der Organisation, der Russland, Kasachstan und mehrere zentralasiatische Länder angehören, will Peking in seinen politisch unruhigen Westregionen für Stabilität sorgen.

Zugleich will es sich Zugriff auf die Rohstoffe Zentralasiens sichern. Mit Kasachstan, dem diesjährigen Gastgeber des SCO-Gipfels, verhandelte Präsident Hu Jintao über den Bau einer Pipeline sowie die Exploration von Öl- und Gasfeldern in dem Land. Und zum Schluss zeigten die Gipfelteilnehmer, gegen wen sich ihre Kooperation letztlich richtet: Gemeinsam forderten sie die USA auf, ihre Truppen aus Zentralasien abzuziehen, die dort seit dem Krieg gegen die Taliban stationiert sind.

Ganz gleich, welche Länder George W. Bush und Hu Jintao besuchen: Der Mann aus Peking macht durch seine ideologiefreie Haltung vielerorts längst mehr Punkte. In Australiens Parlament zum Beispiel kassierte Bush bei seinem letzten Staatsbesuch kühle Reaktionen. Wenig

später wurde der chinesische Präsident wie ein Held empfangen. „Man hätte glauben können, dass Hu der langjährige Verbündete ist und Bush die Bedrohung“, hat Autor Prestowitz beobachtet. Ähnliches geschah in Malaysia: Der erste Auslandsbesuch des neuen Premiers Abdullah Badawi ging nicht nach Washington, sondern – mit

einer Delegation von 800 Geschäftsleuten – nach Peking.

Regierungen weltweit stellen sich auf die neuen Verhältnisse ein. Allen voran wetteifern US-Konzerne darum, es sich mit der neuen Großmacht nicht zu verderben. So filtert Software-Riese Microsoft aus seinem chinesischen Web-Portal gemäß den dortigen Gesetzen Suchbegriffe heraus, die kommunistische Herrscher als anstößig empfinden.

Zwei der Tabuwörter lauten: „Demokratie“ und „Menschenrechte“.

FRANK HORNIG, WIELAND WAGNER